Zeitenwende

„Ich mache mir Sorgen um unsere Demokratie“

Wir brauchen mehr Rückkopplung zwischen Wählern und Politikern, sagt der Theoretische Physiker Claudius Gros. Nur so könne das System mit der beschleunigten Meinungsbildung der Bürger Schritt halten

Seit der Wende sind die Zeiten schnelllebiger geworden. Das hat aber weniger mit dem Ende der DDR zu tun als mit dem Aufkommen des Internets. Gefühlt ist diese Tatsache allen klar. Einem Theoretischen Physiker reicht derartiges intuitives Wissen jedoch nicht. Er will handfeste Daten dazu – und die Veränderung am liebsten mit Gleichungen beschreiben. Claudius Gros von der Goethe-Universität in Frankfurt am Main ist das gelungen. Dazu hat er die Musikcharts der vergangenen 50 Jahre analysiert. Er vermutet Beschleunigungen wie dort auch in anderen Bereichen, etwa der Politik. Und diese Tatsache beunruhigt ihn.

Herr Professor Gros, Sie haben anhand der Dynamik von Musikcharts gezeigt, dass kulturelle Prozesse immer schneller ablaufen. Daraus schließen Sie, dass auch die politische Meinungsbildung immer rascher erfolgt und sehen dadurch unsere Demokratie in Gefahr – weil sie zu träge sei. Sind das nicht sehr kühne Thesen?

Unsere Erkenntnisse über die beschleunigten kulturellen Prozesse sind lediglich ein Indiz dafür, dass es in anderen Systemen ähnlich ist. Wir schließen also nicht direkt von den Charts auf die Demokratien. Dass sich beides überhaupt in Zusammenhang bringen lässt, hat damit zu tun, dass unsere Analyse losgelöst von Inhalten ist. Uns geht es um die dynamische Stabilität von Systemen. Bei diesen Überlegungen spielen Zeitskalen eine große Rolle. Unsere Annahme: Wenn sich in einem Bereich unserer Gesellschaft, dem kulturellen, etwas deutlich beschleunigt, könnte das auch in anderen Bereichen so sein – in diesem Fall bei der politischen Meinungsbildung.

Politik ist für Sie also nichts anderes als ein dynamisches System?

Alles, was sich zeitlich verändert, ist ein dynamisches System. Das kann ein Pendel sein oder eine Tierpopulation. Auch die politische Agenda entwickelt sich zeitlich – und ist daher ebenfalls ein dynamisches System.

Und dabei sind die Inhalte egal?

Unsere Theorie hat nichts mit Inhalten zu tun. Das heißt nicht, dass der Inhalt nicht wichtig ist. Aber damit beschäftigen sich andere Wissenschaftler ohnehin intensiv. In 99,9 Prozent der politologischen Forschung geht es um Inhalte. Als Theoretischer Physiker bin ich es gewohnt, Dinge grundlegend infrage zu stellen. Mir ging es darum zu prüfen, ob wir ganz unabhängig vom Inhalt etwas sagen können über die Demokratie und die Gesellschaft.

Warum haben Sie sich dafür gerade die Musikcharts ausgesucht?

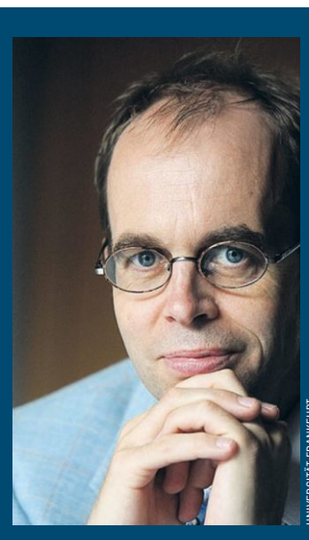
Letztendlich wollen wir zeigen, dass die Welt schneller wird. Intuitiv ist das klar. Uns geht es darum, das zu messen. Und dazu braucht man Daten, die über viele Jahrzehnte vergleichbar sind. Solche Daten sind rar. In den Musikcharts finden wir sie, denn sie werden seit Jahrzehnten nach dem gleichen Schema zusammengetragen: dem wirtschaftlichen Erfolg eines Songs oder eines Albums.

Sie haben untersucht, wie sich die Charts in den vergangenen 50 Jahren in Großbritannien, Deutschland sowie in den Niederlanden und den USA verändert haben. Was ist das Ergebnis?

Zum einen hat die Vielfalt zugenommen – um den Faktor zwei oder drei. Es gibt heutzutage deutlich mehr Alben und Songs, die es in die Charts schaffen. Sie verweilen dafür aber auch kürzer. Dramatisch hat sich auch verändert, wie ein Album Nummer-eins-Hit wird. Früher stieg ein Album zum Beispiel auf Platz 20 ein und nach ein oder zwei Monaten war es auf Platz eins. So war es bis in die 80er-Jahre. Heute ist das vollkommen anders: Ein Album ist in der Regel entweder gleich in der ersten Woche Nummer eins oder nie. Dieser Übergang ist in den 90er-Jahren passiert.

Wie kam es dazu?

Vermutlich liegt es daran, dass die Information heute deutlich schneller erfolgt. Werbekampagnen brauchen nicht mehr so lange, um durchzuschlagen. Noch dazu kann sich heutzutage jeder ein neues Album gleich über das Internet runterladen – und muss nicht erst in ein Geschäft gehen.



UNIVERSITÄT FRANKFURT

CLAUDIUS GROS

... ist 58 Jahre alt und seit 2005 Professor für Theoretische Physik an der Goethe-Universität in Frankfurt am Main.

... verbringt seine Kindheit in Wiesbaden und Rom.

... studiert nach dem Abitur Physik an der ETH Zürich. Nach zwei Jahren als Postdoc in den USA ist er an den Universitäten in Dortmund und Saarbrücken tätig.

... wird 2016 bekannt mit einer Studie, in der er die Machbarkeit einer Genesis-Mission untersucht hat – also ob sich Leben auf Planeten außerhalb unseres Sonnensystems bringen ließe.

Gab es noch andere wichtige Erkenntnisse aus der Musikchart-Analyse?

Auch die Lebenszeitverteilung hat sich gravierend verändert – also die Anzahl der Wochen, über die ein Album in den Charts bleibt. Die Wahrscheinlichkeit dafür kann man mathematisch mit einer Verteilungsfunktion beschreiben. Wir haben festgestellt, dass es auch hier einen Umbruch gab. Bis in die 90er-Jahre ließ sich die Lebensdauer eines Albums in den Charts durch eine logarithmische Gauß-Verteilung beschreiben. Heutzutage jedoch ist sie durch ein Potenzgesetz charakterisiert. Das ist für die Theorie dynamischer Systeme sehr interessant. Denn Potenzgesetze sind für uns immer typisch für ein kritisches System – also eines, das in der Nähe eines Phasenüberganges ist.

Und jetzt sehen Sie die Gefahr, dass auch der Demokratie ein Phasenübergang bevorsteht?

So schlimm ist es vermutlich nicht. Aber ganz eindeutig haben wir Probleme durch zeitliche Verzögerungen. Und dadurch kann es sehr leicht zu Instabilitäten in einem dynamischen System kommen. Eine liberale Demokratie, wie wir sie in Deutschland haben, beruht ja im Wesentlichen darauf, dass die Bürger alle vier Jahre wählen gehen und dabei ihrer Meinung Ausdruck verleihen. In einer solchen Struktur kommt es zwangsläufig zu Zeitverzögerungen. Zugleich wird die politische Meinungsbildung aufgrund der sozialen Medien und anderer technischen Neuerungen immer schneller. Das führt zu immer stärkeren Diskrepanzen zwischen dem Willen der Bürger und dem Handeln der Politiker.

Welche Folgen hat das?

Heutzutage sehen wir sehr schnelle Veränderungen. In Frankreich zum Beispiel wurde die neue Bewegung En Marche binnen weniger Jahre so stark, dass sie nun mit Emmanuel Macron sogar den Präsidenten stellt. So etwas wäre in den 50er-Jahren undenkbar gewesen. Auch in Italien wechseln ständig die Parteien. Die Frage ist nun, ob das alles vom Inhalt getrieben ist – oder ob es Anzeichen dafür sind, dass unser System an sich instabil wird. Das ist natürlich nur eine Möglichkeit, die ich mit der Studie aufzeichne. Aber wenn sie sich bewahrheitet, wäre das extrem beunruhigend.

Was können wir tun?

Die Rückkopplung zwischen Wähler und Politiker muss viel stärker und häufiger sein. Das Schweizer System zum Beispiel ist ganz anders. Dort gibt es alle vier Monate Volksabstimmungen – über kommunale Belange bis hin zu Fragen auf Bundesebene. Die Rückkopplung zwischen den Bürgern und den parlamentarischen Systemen ist dadurch viel schneller und das System viel stabiler. Ein weiteres Beispiel gibt es in Belgien für die dort lebende deutsche Minderheit. Für diese Gruppe wurde ein Bürgerrat eingeführt, der Vorschläge erarbeitet, auf die die lokale Regierung eingehen muss. Dieser Bürgerrat wird per Los bestimmt. Er hat sich offenbar sehr bewährt, weil er einen neuen Kommunikationsdraht zwischen den Bürgern und den Politikern darstellt.

Und wie wäre es, die Legislaturperioden zu verkürzen?

Das könnte man durchaus überlegen – vielleicht auf drei Jahre. Aber der administrative Aufwand ist recht groß und die Übergangszeiten bis zur Regierungsbildung dauern recht lange. Grundsätzlich müsste es einfach mehr Möglichkeiten und mehr Kanäle geben. Es wird immer gesagt, das Volk ist unmündig, und wenn es direkt entscheidet, dann gibt es Chaos. Vielleicht ist da auch etwas Wahres dran. Andererseits braucht man auch eine Tradition der Mitbestimmung. Man müsste das langsam aufbauen. Die Leute müssen sich daran gewöhnen, dass es auch für sie selbst Konsequenzen hat, wenn sie mit abstimmen.

Wie kritisch ist der Zustand unserer Demokratie?

Das ist leider nicht klar. Wir bräuchten viel mehr Untersuchungen, um das dingfest zu machen. Ehrlich gesagt, mache ich mir schon Sorgen. Wir sollten unbedingt überlegen, wie sich die Bindung zwischen Wählern und Politikern verbessern lässt.

Das Gespräch führte Anne Brüning.